

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Bildungsausschuss

16. WP - 37. Sitzung

am Donnerstag, dem 30. August 2007, 14 Uhr,
in Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Sylvia Eisenberg (CDU)

Vorsitzende

Heike Franzen (CDU)

Niclas Herbst (CDU)

Susanne Herold (CDU)

Hans Müller (SPD)

Detlef Buder (SPD)

Dr. Henning Höppner (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Angelika Birk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Wilfried Wengler (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

| Tagesordnung: | Seite |
|--|--------------|
| 1. Situation und Perspektiven der beruflichen Bildung in Schleswig-Holstein | 6 |
| Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP Drucksache 16/1456 (überwiesen am 12. Juli 2007 an den Bildungsausschuss und den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung) | |
| 2. Bachelor- und Masterausbildung im Bereich der Lehramtsstudiengänge | 7 |
| Antrag der Fraktionen von CDU und SPD Drucksache 16/1476 (vom Landtag am 13. Juli 2007 angenommen) Bericht der Landesregierung Umdruck 16/2286 | |
| 3. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes | 9 |
| Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/1500 (überwiesen am 12. Juli 2007) | |
| 4. Konsequenzen aus dem neuen Schulgesetz: Stundenzahl für Lehrerinnen der Sekundarstufen | 10 |
| Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/1486 (neu) 2. Fassung (überwiesen am 12. Juli 2007) | |
| 5. Konsequenzen aus dem neuen Schulgesetz: Gebundene Ganztagschulen | 11 |
| Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/1487 (neu) (überwiesen am 12. Juli 2007) | |

- 6. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes (Schulgesetz - SchulG) 12**
- Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1482
- (überwiesen am 12. Juli 2007)
- 7. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes (Schulgesetz - SchulG) 13**
- Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1338
- (überwiesen am 10. Mai 2007 an den **Bildungsausschuss** und den Finanzausschuss)
- hierzu: Umdrucke 16/2280, 16/2297 und 16/2324
- 8. Einführung des Faches Wirtschaft und Politik in der Sekundarstufe I 14**
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/852
- (überwiesen am 29. Juni 2006)
- hierzu: Umdrucke 16/1675, 16/1683, 16/1856, 16/1867, 16/1868, 16/1894, 16/1899, 16/1911, 16/1912, 16/1913, 16/1914, 16/1946
- 9. Informatik als Unterrichtsfach in der Schule 15**
- Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1496
- (überwiesen am 13. Juli 2007)
- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD
Umdruck 16/2299

- 10. Kindertagesstätten zu Familienzentren weiterentwickeln 16**
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1079
- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD
Drucksache 16/1107
- (überwiesen am 30. November 2006 an den **Sozialausschuss** und den Bildungsausschuss)
- hierzu: Umdrucke 16/1609, 16/1861, 16/1862, 16/1863, 16/1864, 16/1865,
16/1882, 16/1883
- 11. Bericht des Unabhängigen Landeszentrums für den Datenschutz Schleswig-Holstein - Tätigkeitsbericht 2007 17**
- Drucksache 16/1250
- (überwiesen am 9. Mai 2007 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und an alle übrigen Ausschüsse zur abschließenden Beratung)
- hierzu: Stellungnahme der Landesregierung
Umdruck 16/2220
- 12. a) Sprachheilpädagogische Förderung in Schleswig-Holstein 18**
- Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1218
- (überwiesen am 22. Februar 2007 an den **Bildungsausschuss** und den Sozialausschuss)
- b) Sprachförderung in Schleswig-Holstein**
- Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/1463
- (Beratung im Rahmen des Selbstbefassungsrechtes)
- c) Petitionen zur Schließung von Sprachheilgrundschulen**
- interner Umdruck 16/2014
- 13. Verschiedenes 20**

Die Vorsitzende, Abg. Eisenberg, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Situation und Perspektiven der beruflichen Bildung in Schleswig-Holstein

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1456

(überwiesen am 12. Juli 2007 an den **Bildungsausschuss** und den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuss kommt überein, bis Ende Oktober schriftliche Stellungnahmen einzuholen von

- IHK
- Handwerkskammern
- DGB
- GEW
- Bundesagentur für Arbeit
- Landesschülervertretung der berufsbildenden Schulen
- Landeselternbeirat der beruflichen Schulen
- Frauennetzwerk zur Arbeitssituation
- Prof. Dr. Jongebloed, Lehrstuhl für Berufs- und Wirtschaftspädagogik, CAU
- Prof. Dr. Heidegger, Berufsbildungsinstitut Arbeit und Technik, Uni Flensburg.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Bachelor- und Masterausbildung im Bereich der Lehramtsstudiengänge

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD
Drucksache 16/1476

(vom Landtag am 13. Juli 2007 angenommen)

Bericht der Landesregierung
Umdruck 16/2286

M Austermann berichtet über die Bachelor- und Masterausbildung im Bereich der Lehramtsstudiengänge, Umdruck 16/2286. Bei der Ausbildung der Grund-, Haupt- und Realschullehrer folge auf einen dreijährigen Bachelorstudiengang ein konsekutives Masterstudium, bei dem die Studierenden unter teilweiser Anrechnung aus dem Vorbereitungsdienst insgesamt 300 ECTS-Punkte erreichten. Eine solche KMK-konforme Lösung, die in den norddeutschen Bundesländern praktiziert werde, halte man nicht für optimal, auch weil die Polivalenz des Masterabschlusses nicht unbedingt gewährleistet sei, wenn der Masterabschluss nur im Rahmen des Vorbereitungsdienstes erreicht werden könne.

Abg. Birk problematisiert die Frage der Studienzeiterverlängerung, wenn ein Lehramtskandidat nicht unmittelbar im Anschluss an das Studium einen Referendariatsplatz bekomme und damit erst später den Masterabschluss erreiche.

Abg. Dr. Klug thematisiert die Frage, ob das IQSH Teile eines Hochschulstudiums zertifizieren könne und dass die Lehrämter des gehobenen und höheren Dienstes unterschiedlich behandelt würden.

M Erdsiek-Rave bittet um Verständnis, dass die Landesregierung zu den rechtlichen Implikationen und praktischen Auswirkungen des neuen Modells, das zum Wintersemester 2009/10 in Kraft treten werde, zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht Stellung nehmen könne. Schwierig sei die Umsetzung der Vorgabe der KMK, das Studium für die Lehrämter des gehobenen Dienstes nicht zu verlängern.

Abg. Weber geht davon aus, dass Hochschule und IQSH gemeinsam entsprechende Curricula sowie Studien- und Prüfungsordnungen entwickelten. Er fragt, ob ein Lehramtskandidat, der

ein Jahr auf einen Referendariatsplatz warten müsse, in diesem Jahr an der Hochschule den Masterabschluss machen könne.

Abg. Birk lehnt es ab, Grund- und Hauptschullehrer zu benachteiligen, und fordert einen Rechtsanspruch, das Referendariat unmittelbar im Anschluss an das Studium durchführen zu können.

Abg. Dr. Klug bittet die Landesregierung, die aufgeworfenen Fragen zu klären, und fragt nach dem Status eines Studierenden in den Lehrämtern des gehobenen Dienstes zu Beginn des Vorbereitungsdienstes.

Der Bildungsausschuss kommt überein, sich mit der Thematik der Lehrerausbildung weiter zu befassen, sobald das Konzept der Landesregierung vorliegt.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1500

(überwiesen am 12. Juli 2007)

Mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfiehlt der Bildungsausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf Drucksache 16/1500 abzulehnen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Konsequenzen aus dem neuen Schulgesetz: Stundenzahl für Lehrerinnen
der Sekundarstufen**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1486 (neu) 2. Fassung

(überwiesen am 12. Juli 2007)

Mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der FDP empfiehlt der Bildungsausschuss dem Landtag, den Antrag Drucksache 16/1486 (neu) 2. Fassung abzulehnen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Konsequenzen aus dem neuen Schulgesetz: Gebundene Ganztagschulen

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1487 (neu)

(überwiesen am 12. Juli 2007)

Abg. Spoorendonk legt Wert darauf, die Qualität schulischer Ganztagsangebote insgesamt zu verbessern, was nur durch den Einsatz hauptamtlicher Kräfte, zum Beispiel Sozialpädagogen, möglich sei. Sie fragt nach einer Evaluation der offenen Ganztagsangebote und Überlegungen zur Qualitätssteigerung.

Auch Abg. Dr. Klug bittet das Bildungsministerium um eine Stellungnahme zur Entwicklung im Bereich der offenen Ganztagsangebote, die nach seinem Kenntnisstand tendenziell wegbrächen.

M Erdsiek-Rave entgegnet, dass es keine automatische Überlegenheit des Systems gebundene Ganztagschule gegenüber offenen Ganztagschulen gebe. Entscheidend sei die Qualität der Angebote, die von unterschiedlichen Faktoren abhängen. Die Landesregierung werde die Errichtung von gebundenen Ganztagschulen an besonderen Standorten (sozialer Brennpunkt, hoher Migrantenanteil) unterstützen. Die Serviceagentur „Ganztägig - lernen“ werde ein internes Unterstützungs- und Evaluationsverfahren entwickeln.

Abg. Birk begrüßt die Errichtung neuer Ganztagschulen und betont die Bedeutung kostenloser Bildungs- und Kulturangebote für Kinder und Jugendliche.

Mit Zustimmung der Antragstellerin empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Antrag Drucksache 16/1487 (neu) für erledigt zu erklären.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes (Schulgesetz - SchulG)

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1482

(überwiesen am 12. Juli 2007)

Mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimme der FDP bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfiehlt der Bildungsausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf Drucksache 16/1482 abzulehnen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes (Schulgesetz - SchulG)

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1338

(überwiesen am 10. Mai 2007 an den **Bildungsausschuss** und den Finanzausschuss)

hierzu: Umdrucke 16/2280, 16/2297 und 16/2324

Mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfiehlt der Bildungsausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf Drucksache 16/1338 abzulehnen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Einführung des Faches Wirtschaft und Politik in der Sekundarstufe I

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/852

(überwiesen am 29. Juni 2006)

hierzu: Umdrucke 16/1675, 16/1683, 16/1856, 16/1867, 16/1868, 16/1894,
16/1899, 16/1911, 16/1912, 16/1913, 16/1914, 16/1946

Der Bildungsausschuss verschiebt die Beschlussfassung abermals auf die übernächste Sitzung, zu der die Bildungsministerin die endgültige Kontingentstundentafel vorlegen will.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Informatik als Unterrichtsfach in der Schule

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1496

(überwiesen am 13. Juli 2007)

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD
Umdruck 16/2299

Abg. Weber bringt den Antrag der Koalitionsfraktionen Umdruck 16/2299 ein.

Abg. Dr. Klug vermisst in dem Antrag der Koalitionsfraktionen ein Bekenntnis zum Fach Informatik in der Sekundarstufe II. Außerdem müsse die von der CAU begehrte Einführung eines lehramtsspezifischen Bachelorstudienganges Informatik, dem das Wissenschaftsministerium zugestimmt habe, zeitnah durch einen entsprechenden Master in der Lehrerausbildung ergänzt werden.

Abg. Spoorendonk spricht sich dafür aus, in der Sekundarstufe I Informatik in anderen Unterrichtsfächern zu integrieren. In der Sekundarstufe II könne es Sinn machen, Informatik als eigenes Fach anzubieten.

Abg. Birk möchte wissen, welche Inhalte in Informatik in der Sekundarstufe I gelehrt würden.

In alternativer Abstimmung erhält der Antrag Drucksache 16/1496 die Stimme der FDP, der Antrag Umdruck 16/2299 die Stimmen von CDU und SPD. Damit empfiehlt der Ausschuss dem Landtag mehrheitlich, den Antrag „Informatik als Unterrichtsfach in der Schule“ in der Fassung des Umdrucks 16/2299 anzunehmen.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Kindertagesstätten zu Familienzentren weiterentwickeln

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1079

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD
Drucksache 16/1107

(überwiesen am 30. November 2006 an den **Sozialausschuss** und den Bildungsausschuss)

hierzu: Umdrucke 16/1609, 16/1861, 16/1862, 16/1863, 16/1864, 16/1865,
16/1882, 16/1883

In einer alternativen Abstimmung erhält der Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Antrag der Koalitionsfraktionen die Stimmen von CDU und SPD. Damit empfiehlt der Bildungsausschuss dem federführenden Sozialausschuss mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag Drucksache 16/1079 abzulehnen und den Antrag Drucksache 16/1107 mit der Maßgabe anzunehmen, den letzten Satz im Antrag der Koalitionsfraktionen neu zu fassen oder zu streichen.

Punkt 11 der Tagesordnung:

Bericht des Unabhängigen Landesentrums für den Datenschutz Schleswig-Holstein - Tätigkeitsbericht 2007

Drucksache 16/1250

(überwiesen am 9. Mai 2007 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und an alle übrigen Ausschüsse zur abschließenden Beratung)

hierzu: Stellungnahme der Landesregierung
Umdruck 16/2220

M Erdsiek-Rave führt aus, der Bericht des Datenschutzbeauftragten kritisiere die Einführung einer bundesweiten Schülerdatenbank, die personenbeziehbare Daten zum Beispiel über das Elternhaus enthalte. Über die Einführung einer Schüler-ID wäre eine Reidentifizierung der Daten und Zuordnung auf den einzelnen Schüler möglich. Laut Beschluss der Kommission Statistik der KMK vom 4./5. Juni 2007 sei eine Zusammenführung der Einzeldaten zu einer länderübergreifenden Datenbank nicht mehr vorgesehen. Daher habe sich dieser Punkt erledigt. Das in diesem Zusammenhang verabschiedete Konzept für die länderübergreifende Weiterverarbeitung und Nutzung der Einzeldaten werde sie dem Bildungsausschuss zuleiten. Die pseudonymisierten Einzeldaten würden in den jeweiligen Ländern gespeichert, eine Zusammenführung zu einer länderübergreifenden Datenbank finde nicht statt (siehe Umdruck 16/2325).

Der Einsatz von Standardsystemkonzepten in Schule und Unterricht werde vom ULD unterstützt. Bevor die Ergebnisse der Projekte flächendeckend verfügbar gemacht würden, werde das Ministerium Fragen des Datenschutzes und der Datensicherheit mit dem ULD abstimmen.

Abg. Dr. Klug erkundigt sich nach dem Stand der Datensicherung im Zusammenhang mit der Einführung des Zentralabiturs und anderer zentraler Abschlussprüfungen.

M Erdsiek-Rave sagt eine schriftliche Antwort zu.

Der Ausschuss nimmt den Tätigkeitsbericht 2007 des ULD abschließend zur Kenntnis.

Punkt 12 der Tagesordnung:

a) Sprachheilpädagogische Förderung in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1218

(überwiesen am 22. Februar 2007 an den **Bildungsausschuss** und den Sozia-
lausschuss)

b) Sprachförderung in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/1463

(Beratung im Rahmen des Selbstbefassungsrechtes)

c) Petitionen zur Schließung von Sprachheilgrundschulen

interner Umdruck 16/2014

Auf eine Frage von Abg. Dr. Klug teilt Herr Stargardt mit, dass nach dem Kreis Dithmarschen auch in anderen Kreisen, zum Beispiel in Steinburg, teilstationäre Sprachintensivmaßnahmen - möglichst verbunden mit einer Grundschule - implementiert werden sollten, um Kinder mit erheblichen Sprachstörungen zeitlich befristet besonders zu fördern.

Abg. Franzen fragt nach einer Evaluierung der SPRINT-Maßnahmen. Hinsichtlich der Sprachheilverförderung setze die CDU auf vorschulische Prävention, Integration und (teil-)stationäre Maßnahmen.

Abg. Dr. Klug kritisiert, dass die Landesregierung Sprachheilgrundschulen oder Sprachheilklassen auflöse, ohne dass ausreichende Ersatzangebote bestünden.

Abg. Birk befürchtet, dass die Personalkapazitäten für dezentrale Fördermaßnahmen nicht ausreichend seien und Kosten der Sprachheilverförderung von Schule/Land auf die Eingliederungshilfe verschoben würden.

Herr Stargardt macht noch einmal deutlich, dass der überwiegende Teil der bisher in der Sprachheilgrundschule geförderten Kinder in der Regelschule integrativ beschult und geför-

dert werde. Acht in erheblicher Weise sprachauffällige Schülerinnen und Schüler der ehemaligen Sprachheilgrundschule in Preetz würden übergangsweise als besondere Fördermaßnahme an der Hermann-Ehlers-Grundschule geführt. In Ostholstein würden sprachauffällige Kinder letztmalig in die erste Klasse der Sprachheilgrundschule eingeschult. Teilstationäre Sprachintensivmaßnahmen für in erheblicher Weise sprachauffällige Kinder seien die Alternative zum Sprachheilinternat in Wentorf.

Abg. Birk möchte wissen, wie viel Zeit für die Sprachförderung vor der Einschulung zur Verfügung stehe und wie Kinder, die keinen Kindergarten besuchten, gefördert würden.

M Erdsiek-Rave macht darauf aufmerksam, dass der Förderort in der Regel der Kindergarten sei, aber nicht sein müsse. Die Wirksamkeit der SPRINT-Maßnahmen vor Schuleintritt werde durch zweimalige Verwendung desselben Sprachstandserhebungstests überprüft.

Mit den Stimmen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der FDP empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Antrag Drucksache 16/1218 abzulehnen.

In seiner Stellungnahme an den Petitionsausschuss verweist der Bildungsausschuss auf die Schilderung des Sachstandes durch das Bildungsministerium und unterstützt die Vorgehensweise des Bildungsministeriums.

Punkt 13 der Tagesordnung:

Verschiedenes

a) Termine

In der nächsten turnusmäßigen Sitzung am 20. September 2007, 14 Uhr, wird der Ausschuss eine Präsentation des Wissenschaftsministeriums zur Neuen Hochschulsteuerung entgegennehmen und sich mit der Evaluation der Bildungsstätten befassen.

Am Montag, dem 5. November 2007, wird der Bildungsausschuss eine ganztägige Bereisung durchführen: Seebüll/Neukirchen (Nolde-Stiftung), Ladelund (KZ-Gedenkstätte), Rendsburg (Büchereizentrale).

In der Woche vom 30. Juni bis 4. Juli 2008 plant der Bildungsausschuss eine Informationsreise nach Polen.

Die Vorsitzende erinnert an den bundesweiten Vorlesetag am Freitag, dem 23. November 2007.

- b) Abg. Müller gibt dem Ausschuss zur Kenntnis, dass es im Kulturforum Burgkloster in Lübeck anlässlich der **Ausstellungseröffnung** zum 80. Geburtstag von Hanna Jäger, einer bekannten und geschätzten Künstlerin aus Schleswig-Holstein, die in Lübeck lebt, von verschiedener Seite bei dieser Gelegenheit Unverständnis ausgesprochen worden sei im Hinblick auf die beabsichtigte „Kunstaussstellung Edgar Mrugalla – König der Kunstfaelcher“ vom 11. September bis 30. November 2007 im Wirtschaftsministerium.

Die Vorsitzende, Abg. Eisenberg, schließt die Sitzung um 16:05 Uhr.

gez. Sylvia Eisenberg

Vorsitzende

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer